Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 60.— Mark, bei lokalen Anzeigen 40.— Mk. Reklamezeile 200.— Mk. Bei Wiederholungen Rabat nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Wehrstraße 10. Fernsprecher 1.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
20000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 4000 Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis, Kamen

Nr. 123 — Mittwoch, den 30. Mai 1923 — 51. Jahrgang

Keine Verschiebung der französisch-belgischen Konferenz.

Von Pariser Zeitungen war in Aussicht gestellt worden, daß die belgisch-französische Zusammenkunft seitens der französischen Regierung unter verschiedenen Vorwänden hinausgeschoben werden sollte und nicht vor Mitte Juni stattfinden könne. Demgegenüber erfährt der „Matin" aus sicherer Quelle, daß die Zusammenkunft doch im Laufe dieser Tage stattfinden werde. Die belgische Regierung habe zu verstehen gegeben, daß sie eine gründliche Prüfung der gegenwärtigen Situation nicht länger hinausgeschoben wissen wolle. Auch der Brüsseler Korrespondent des „Petit Parisien" glaubt mitteilen zu können, daß die Konferenz noch im Laufe der nächsten Tage stattfinden werde. In Brüsseler Regierungskreisen bedauert man, daß man in Paris der belgischen Mitteilung über die Reparationsfrage eine so große Tragweite beigemessen habe.

Die Pariser Morgenblätter betrachten es als möglich, daß Poincaree sich am 6. Juni mit Theunis und Jaspar in Brüssel treffen werden.

Belgische Unterlagen für die Pariser Besprechungen.

Die begisch-französische Konferenz, die heute beginnen sollte, ist wegen der Unpäßlichkeit Jaspars um einige Tage verschoben worden. Im ersten Augenblick konnte man natürlich an eine diplomatische Erkrankung des belgischen Ministerpräsidenten denken. Das „Petit Journal" behauptet aber, daß davon keine Rede sein könne, zumal Theunis angeboten habe, allein nach Paris zu kommen, um die Verhandlungen aufzunehmen.

Wie „Petit Parisien" mitteilt, hat die belgische Regierung durch den Botschafter in Paris eine Anzahl Dokumente überreichen lassen, in denen die Ergebnisse der Studien niedergelegt sind, die die belgischen Delegierten bei der Reparationskommission, Delacroix und Bemelman über das Reparationsproblem verfaßt haben. Die Studien sollen vor der allgemeinen Diskussion eine Anzahl von Vorfragen regeln und beziehen sich besonders auf die wirklichen Einnahmequellen Deutschlands, auf die geforderten Garantien und auf die staatlichen Monopole, die errichtet werden können. Man glaubt zu wissen, daß die belgischen Sachverständigen die Ansicht vertreten, daß man aus einem Eisenbahnmonopol und aus Monopolen für Alkohol, Zucker und Tabak Jahresbeiträge von über 2 Milliarden Goldmark ziehen könne. Die französische Regierung wird nunmehr die Dokumente prüfen. Die Beratungen mit Theunis und Jaspar, denen auch Barthou und Delacroix beiwohnen sollen, werden dadurch wesentlich erleichtert werden. Petit Journal schreibt, es sei möglich, daß die französischen und die belgischen Minister auch das Mindestmaß dessen bestimmen würden, was das deutsche Angebot enthalten müßte, damit die französische und die belgische Regierung aus einer ernsten Prüfung für würdig anerkennen könnten. Nur wenn die kommende deutsche Note diese Bedingungen erfülle, würde Frankreich und Belgien mit England und Italien zwecks Ausarbeitung einer gemeinsamen Antwort sich in Verbindung setzen.

Der belgische Reparationsplan.

(TU) Der „Matin" erklärt, daß die in den letzten Tagen gemachten Angaben über den Inhalt der belgischen Note zumeist unzutreffend seien. Die Belgier vertreten den Standpunkt, daß man mindestens 2400 Millionen Goldmark jährlich aus Deutschland gewinnen könne. So würden die Tabak- und Alkoholmonopole sowie die Verpachtung der Eisenbahnen auf 60 Jahre hinaus der Reparationskasse einen Gewinn von 1900 Millionen Goldmark jährlich zuführen. Dazu können hinzugefügt werden 500 Millionen Goldmark an Kohlen und die oben genannte Summe werde auf diesem Wege erzielt und die Behauptung, daß Belgien die alliierten Schuldforderungen auf diese Ziffer beschränken wolle, sei unbegründet. Das Ruhrgebiet mache natürlich einen Teil des Territoriums aus, das dem Reiche Hilfsquellen zur Verfügung stellen soll, und die Besetzung werde nur noch den Charakter einer Kontrolle der Lieferungen annehmen.

Millerands Rechtfertigungsversuch der Ruhrbesetzung.

(TU) Präsident Millerand hat in Mülhausen eine Rede gehalten und hat zu dem Ruhrproblem sich geäußert. Millerand erklärte u. a.: Wenn der Versailler Vertrag dem Gläubiger das Recht gibt, den widerspenstigen Schuldner zu pfänden, so sind wir damit nur den überlieferten Grundsätzen des Völkerrechts wie auch denjenigen der besonderen Gesetzgebung gefolgt. Nachdem Frankreich von diesem Recht Gebrauch gemacht hat, könne es von Seiten aufrichtiger Beurteiler keine Kritik erfahren. Hinter seine Handlung versteckt sich kein Hintergedanke. Frankreich will nur das, was ihm zusteht und es wird es verlangen. Frankreich hat ein Pfand ergriffen, weil es nicht bezahlt war. Es wird dieses Pfand gegen Bezahlung freigeben, aber nicht vorher.

Eine englische Denkschrift über die Reparationsfrage.

(TU) Die gesamte englische Presse hebt mit großer Zustimmung aus einer Dienstag gehaltenen Rede Baldwins einen Passus hervor, in der der Ministerpräsident von der Notwendigkeit gesprochen hat, die Zerstörung Europas zu bekämpfen. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" setzt heute auseinander, daß die englische Europapolitik, die Baldwin und Lord Curzon zu betreiben gedenken, weite Ziele verfolgt. Mac Canner wird die englischen Absichten in der Reparationsfrage in zwei britischen Denkschriften behandeln. England werde wahrscheinlich keinen vollständigen eigenen Reparationsplan aufstellen, sondern in der Form positiver Kritik an den Plänen Deutschlands Frankreich den Weg zeigen, da nach der Ansicht der englischen Regierung beide Pläne umgestaltet werden müssen, um eine dauerhafte Lösung der Reparationsfrage zu ermöglichen. Auch werde die englische Regierung den Versuch machen, in eingehenden Verhandlungen die Sicherheitsfrage, sowie eine schrittweise Abrüstung zu lösen.

Neues Vertrauensvotum für Poincaree.

(TU) In der gestrigen Kammerdebatte über die Ruhrkredite sprach Tardieux über die unzulängliche Durchführung der Ruhraktion, erklärte aber, daß er für die Kredite stimmen werde. Poincare stellte die Vertrauensfrage im erweiterten Sinne, indem er verlangte, daß man nicht nur für die Kredite stimme, sondern auch die Politik im allgemeinen gutheiße. Poincaree antwortete auf die Artikel, die Tardieux im „Echo nationale" veröffentlicht hat und fragte, was er eigentlich solle. Sie schlagen uns vor, erklärte Poincaree, daß wir eine Politik der Festigkeit führen sollen. Die Regierung ist der Ansicht, daß sie bereits Beweise der Energie und Festigkeit gegeben hat. Wenn Ihre Freunde und wir nicht einig miteinander sind, dann stimmen Sie doch gegen die Ruhrkredite und gegen das Kabinett. Die Ruhrkredite wurden mit einem Vertrauensvotum für die Regierung mit 505 gegen 67 Stimmen angenommen.

Die Besetzungslage.

Der Bahnhof Ueberruhr ist von den Besatzungstruppen geräumt worden. Im Bahnhof Kupferdreh steht noch ein schwacher Posten. Ferner haben die Franzosen die Strecke Essen-Hauptbahnhof — Werden — Ratingen-Ost freigegeben. Sie haben aber die ganze Strecke von allem Maschinenmaterial entblößt.

Der Oberst des 25. französischen Alpenregiments in Essen-Rellinghausen hat wegen Nichtverkaufs von Briefmarken an französische Besatzungstruppen das Postamt auf die Dauer von einem Monat geschlossen.

In Gladbeck wurde der Beigeordnete Nessertch, in Sprockhövel der Bergmann Hoppe, weil er einen französischen Offizier angerempelt hatte, in Bochum der Bergmann Götz und in Langendreer der Gymnasiast Kraneis wegen Flugblattverteilens von den Franzosen verhaftet.

Nach Zeitungsnachrichten ist in der Nacht zum 27. Mai in Bochum der Nachtswächter Otto Krüger von der Zeche „Hannibal", in der Nacht zum 28. Mai in Kray der Bergmann Uzechnowski von der Zeche „Bonifatius" von französischen Posten erschossen worden.

Gestern früh haben die Franzosen Oppau besetzt. Die Belegschaften verließen die Betriebe. 5 Chemiker und Ingenieure wurden von den Franzosen festgehalten. Das alte Werk ist bis auf seine Wachen geräumt. Es steht noch nicht fest, wann der Betrieb freigegeben wird.

Deutscher Protest gegen die Erschießung Schlageters.

(T.U.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung eine Note zu überreichen, in der es u. a. heißt: Die französische Regierung hat den Kaufmann Schlageter, gegen den ein französisches Kriegsgericht in Düsseldorf auf Todesstrafe erkannt hat, am 26. Mai erschießen lassen. Der Tatbestand der dem Urteil zugrunde liegt, ist der deutschen Regierung nur aus Pressemeldungen bekannt und kann von ihr nicht nachgeprüft werden. Gleichviel, wie es sich damit verhalten mag, muß festgestellt werden, daß das Verfahren gegen Schlageter nicht den Anspruch erheben kann, als Rechtsverfahren angesehen zu werden. Französische Kriegsgerichte haben kein Recht, auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu bestimmen. Die deutsche Regierung hatte gehofft, daß sich die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch aus Gründen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit und um eine weitere Verschärfung der Lage zu vermeiden, bewegen lassen würde, von der Vollstreckung des Urteils Abstand zu nehmen. In diesem Sinne sind sofort nach Bekanntgabe des Urteils dringende Vorstellungen bei ihr erhoben worden. Die französische Regierung hat ihnen kein Gehör gegeben, sich vielmehr entschlossen, den Gerichtszwang gegen die Bevölkerung bis zum äußersten zu treiben und mit der Erschießung Schlageters einen Schritt zu tun, der nicht wieder gut gemacht werden kann. Die deutsche Regierung protestiert feierlichst gegen diesen Mißbrauch der Gewalt; für den die französische Regierung die Verantwortung trage.

Beruhigung im Streikgebiet.

(TU) Nach den bei zuständigen Stellen eingetroffenen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet ist dort im Laufe der letzten 24 Stunden eine wesentliche Entspannung der Lage eingetreten. Ein Teil der wirtschaftlichen Streiks dauert zwar noch fort, doch ist anzunehmen, daß mit dem Bekanntwerden der gestrigen Einigung über die Lohnerhöhung für die Bergarbeiterlöhne diese Streiks rasch abnehmen. Soweit es sich um politische Streiks handelt, hat die Wiederaufnahme der Arbeit fast in allen Werken erfreuliche Fortschritte gemacht. Nur in Herne ist die Lage noch kritisch und in Gelsenkirchen sind die proletarischen Hundertschaften nach wie vor Herren der Lage. Im übrigen Unruhegebiet ist der Selbstschutz jetzt überall parteilich zusammengesetzt. Auch wird sich eine wesentliche bessere Verteilung der noch vorhandenen Polizeistreitkräfte ermöglichen lassen, mit deren Hilfe eine weitgehende Beruhigung durchgeführt werden könnte. Nachrichten über neue Plünderungen und gewaltsame Preisherabsetzungen liegen nicht vor. Man rechnet in Kreisen der preußischen Regierung damit, daß die Beruhigung in den nächsten Tagen weitere Fortschritte machen wird.

Annahme des Lohnabkommens im Bergbau.

(TU) In einer Massenversammlung in Gelsenkirchen nahmen gestern die Streikenden zu dem neuen Lohnabkommen im Bergbau Stellung. Das Ergebnis der Vereinbarungen wurde zwar als nicht genügend bezeichnet, doch wurde die Versammlung aufgefordert, sich vorläufig damit zufrieden zu geben und die Arbeit unter den neuen Lohnbedingungen wieder aufzunehmen.

Im Laufe des gestrigen Tages trat in Gelsenkirchen die Streikkommission der Bergarbeiter zu einer mehrstündigen Beratung zusammen, in deren Verlauf beschlossen wurde, den Belegschaften die Wiederaufnahme der Arbeit für den 30. Mai vorzuschlagen. Maßgebend hierfür war die Ueberzeugung, daß im Augenblick nicht mehr bei den Lohnverhandlungen zu erreichen sei. Für den Augenblick solle man sich mit dem Erreichten begnügen. — In einer nachfolgenden Versammlung der Bergleute wurde von dem Beschluß Kenntnis genommen und dieser ohne Widerspruch genehmigt.

Die Reichsregierung über die Erhöhung der Löhne.

(TU) Die Vertreter der Spitzengewerkschaften haben gestern im Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß in Arbeitsgeberkreisen und auch bei einem Teil der Schlichtungsbehörden noch eine zu weitgehende Zurückhaltung gegenüber berechtigten Lohnforderungen bestehe. Der Reichsarbeitsminister bestätige demgegenüber als die Ansicht des gesamten Kabinetts, daß mit der neuen Markentwertung selbstverständlich auch auf dem Gebiet der Lohnpolitik eine veränderte Sachlage eingetreten ist, und daß es natürlich eine dringende Aufgabe aller beteiligten Kreise und Behörden sein muß, die Löhne der gesunkenen Kaufkraft anzupassen. Dann muß auch gegen das sprunghafte Anwachsen der Teuerung, das in den Feststellungen des statistischen Reichsamtes naturgemäß erst nachträglich zum Ausdruck kommt, Rücksicht genommen werden.

Die Lage in Dortmund.

(TU) Auf dem Westenhellweg kam es im Laufe des gestrigen Nachmittages zu einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und blauer Polizei. Es war versucht Geschäfte zu plündern, was jedoch durch das tatkräftige Eingreifen der Polizei verhindert werden konnte, die den Westenhellweg absperrte. Da die Menge den Aufforderungen der Polizisten nicht sofort Folge leistete, waren diese gezwungen, blank zu ziehen. Die Ladeninhaber schlossen sofort ihre Geschäfte und sicherten durch eiserne Schutzgitter ihre Schaufenster und die Auslagen. Schließlich gelang es der Polizei jedoch, die Massen auseinanderzutreiben. Tote oder Verletzte waren bei dem Zwischenfall nicht zu verzeichnen. Nach Erkundigungen an amtlicher Stelle ist sonst in Dortmund der gestrige Tag ruhig verlaufen.

Verhaftung von Aufrührern.

(TU) Der Stab der Aufrührer, der im Landkreise Dortmund den Putsch leitete, ganz besonders aber die Zechen Preußen 1 und 2, Scharnhorst und Gneisenau und Kurl unsicher gemacht hatten, wurden von der Kriminalpolizei verhaftet, und zwar in Lünen-Süd. Bei dem jugendlichen Arbeiter Paul Bäumer, der schon im Mülheimer Putsch eine Rolle spielte und seitdem verborgen gehalten wurde, wurden Dum-Dum-Geschosse gefunden.

In Bochum

wurde am Gußstahlbahnhof in den frühen Morgenstunden von einer kommunistischen Patrouille stunden von einer kommunistischen Patrouille ein Straßenpassant angehalten und ohne Wortwechsel erschossen. Der Erschossene ist ein Former aus Bochum. — Bei den Schießereien in der vorbergangenen Nacht soll auch Dr. Trainer von der Handelskammer von den Kommunisten erschossen sein. Mehrere Personen sind verwundet worden. — Ueber die Zahl der bei den Unruhen zu Tode gekommenen sind stark übertriebene Meldungen verbreitet worden. Die Gesamtzahl der Todesopfer, soweit sie amtlich bekannt geworden ist, beträgt 6.

In Essen

wurden gestern morgen die städtischen Arbeiter zur Arbeitsniederlegung gezwungen. Eine Versammlung der Arbeitslosen, der Notstandsarbeiter und der übrigen Arbeiter wurde von etwa 8000 Personen besucht. Der erste Redner, Engel sprach über die Mißverhältnisse von Löhnen und Preissteigerungen. Die bestehende Regierung müsse gestürzt und die Arbeiterregierung ins Leben gerufen werden. Als die Forderung aufgestellt wurde, daß die Notstandsarbeiter in den Streik treten sollten, sprach Engel dagegen. Man solle erst abwarten, was den Bergleuten bewilligt würde.

Die neuen Beamtengehälter ab 1. Juli.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat den Gesetzentwurf über die Neuregelung der Grundgehälter der Beamten zugehen lassen. Wie dem „Berliner Tageblatt" mitgeteilt wird, soll der Entwurf am 1. Juli in Kraft treten und sieht folgende Neugestaltung der Grundgehälter vor: Bei den aufsteigenden Gehältern beträgt das Anfangsgehalt (die eingeklammerten Zahlen bedeuten das Endgrundgehalt) monatlich in Gruppe 1 174 000 (232 000) Mk., Gruppe 2 193 000 (257 000) Mk., Gruppe 3 210 000 (280 000) Mk., Gruppe 4 233 000 (311 000) Mk., Gruppe 5 259 000 (345 000) Mk., Gruppe 6 290 000 (386 000) Mk., Gruppe 7 330 000 (440 000) Mk., Gruppe 8 380 000 (506 000) Mk., Gruppe 9 437 000 (582 000) Mark, Gruppe 10 520 000 (639 000) Mark, Gruppe 11 624 000 (832 000) Mk., Gruppe 12 749 000 (998 000) Mk., Gruppe 13 935 000 (1 247 000) Mk. Bei den Einzelgehältern beträgt das Grundgehalt in der Gruppe 1 1 330 000 Mk., Gruppe 2 1 500 000 Mark, Gruppe 3 1 740 000 Mk., Gruppe 4 1 820 000 Mark, Gruppe 5 2 320 000 Mk., Gruppe 6 3 400 000 Mk., Gruppe 7 3 800 000 Mk. Zu den Grundgehältern kommen aber noch die Ortszuschläge, die nach Ortsklassen gestaffelt sind. — In Ortsklasse A soll der Ortszuschlag betragen bei einem Grundgehalt bis 209 000 Mk. 43 000 Mk., über 209 000—233 000 Mk. 54 000 Mark, über 233 000 bis 273 000 Mk. 65 000 Mark, über 273 000 bis 314 000 Mk. 76 000 Mark, über 314 000 bis 437 000 Mk. 86 000 Mark, über 437 000 bis 684 000 Mk. 108 000 Mark. Das Wartegeld soll 80% der bei Berechnung der Pension zugrunde zu legenden Diensteinkommen betragen. Das Witwengeld soll nicht hinter einem Drittel des niedrigsten ruhegehaltsfälligen Diensteinkommens aus Besoldungsgruppe D zurückbleiben und nicht die Hälfte des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens aus der Besoldungsgruppe 2 übersteigen.

Kleine Nachrichten.

Der Reichskalirat beschloß, die Kalipreise um 27,5 Prozent zu erhöhen. Zugleich wurde der 6er-Kommission des Reichskalirates Vollmacht zu einer neuen Preiserhöhung im Hinblick auf die kurz bevorstehende Kohlenpreiserhöhung erteilt.

Westfalen und Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 29. Mai. Die Aula zeigte diesmal ein anderes Bild. Während sonst die Zuhörerbänke, von wenigen Sitzungstagen abgesehen, stets leer blieben, war gestern die Sitzung in diesem Teil der Aula belebter. Allem Anschein nach wurde ein „großer" Tag erwartet, den die sozialdemokratische Anfrage über die Schupo in Kamen bringen sollte. Wer jedoch kam, um nur sein Sensationsbedürfnis zu befriedigen, der ist sicherlich nicht auf seine Rechnung gekommen. Die Anfrage wurde durch den Beigeordneten klipp und klar beantwortet und bot wohl wenig Raum für weitere Ausführungen und Anfragen der Interpellanten. Viel lebhafter ging es bei der Wahl des Sparkassen-Vorstandes zu, bei der die in der Mehrheit befindliche sozialdemokratische Fraktion erstmalig Verhältniswahl verlangte und diese Forderung auch für sämtliche späteren Kommissions- und Ausschußwahlen erhob. Da die sog. Bürgerlichen auf diese Neuerung nicht eingestellt waren, mußte zwecks Verständigung derselben eine kurze Pause eintreten, in der eine Vorschlagsliste zusammengestellt wurde. Die Wahl des Sparkassen-Vorstandes ergab die Tatsache, daß nicht, worauf Herr Jacobi besonders hinwies, ein einziger Kaufmann dem Vorstand angehört, was einem solchen Geld-Institut sicherlich nicht zum Vorteil gereichen würde.

Bei Beginn der Tagung sind 24 Mitglieder des Kollegiums anwesend, vom Magistrat die Herren Siegler, Braß, Lepke, Weidekamp. Den Vorsitz führt Herr Rektor Rüberg als Stellvertreter des Vorsitzenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsteher einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, „die Stadtverordneten wollen beschließen,

die Stelle des Bürgermeisters sofort auszuschreiben."

Weiter wird das Ersuchen gestellt, über diesen Antrag als ersten Punkt der Tagesordnung zu verhandeln. Herr Rüberg bemerkt, daß dagegen wohl nichts einzuwenden sei. Dieser Auffassung tritt Herr Müller entgegen, der erklärt, daß man in letzter Sitzung beschlossen habe, die Ausschreibung erst nach den Neuwahlen der städtischen Körperschaften, Bürgermeister usw. im Herbst vorzunehmen, und daß hiermit doch die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden könne. Die Begründung liege darin, daß man für Kamen einen erstklassigen tüchtigen Bürgermeister nötig habe, und ein solcher stelle sich, im Hinblick auf die bevorstehende Neuwahl aller Bürgermeister im Herbst, jetzt nicht zur Verfügung. Bei der Abstimmung über den Antrag wurden für denselben 15 und gegen den Antrag 9 Stimmen abgegeben. Im späteren Verlaufe der Verhandlungen wurde eine Kommission gewählt, die die übrigen Schritte unternehmen soll, und der angehören die Herren Hußmann, Jacobi, Vonhoff, Strelinski und Beier.

Zugestimmt wurde der

Schulgelderhöhung an der höheren Mädchenschule.

Dasselbe beträgt fortan 18 000 Mark für einheimische und 22 500 Mark für auswärtige Schüler. Nach der Abstimmung gibt Herr Strelinski die Ansicht seiner Fraktion wieder, die dahingeht, daß diese jede Erhöhung ablehnen müsse, weil der Arbeiter dadurch gehindert werde, seine Kinder in die höhere Schule zu schicken.

Gegen die Nachzahlung von Gebühren an die Stadt Hamm für Untersuchung an Nahrungsmittelproben durch das städt. Nahrungsmitteluntersuchungsamt Hamm wurden keine Bedenken laut.

Im Anschluß an die Sesekе-Regulierung soll der

Ausbau von Gräben in der Koppel

vorgenommen werden. Die Sesekе-Genossenschaft stellt anheim, diesen Ausbau durch ihre Arbeiter vornehmen zu lassen. Die Kosten betragen 1 Million Mark, die wieder auf die Interessenten umgelegt werden. Weil es sich bei diesen Arbeiten um Erwerbslosenfürsorge handelt, trägt 4/5 der Kosten der Staat und 1/5 die Sesekе-Genossenschaft und vom letzteren Fünftel wieder soll die Stadt 1/3 gleich 1 Million Mark tragen. Dem wurde zugestimmt.

Ohne Debatte wurde ferner die Zurücknahme einer Hypothek in Höhe von 2500 Mark zugestimmt.

Die Kreiswertzuwachssteuer

ergab 1 200 000 Mk., davon solten 400 000 Mk. auf den Kreis und 800 000 Mark auf die Gemeinden entfallen. Da die Verwaltungskosten durch den Kreis 700 000 Mark betragen, wurde gemäß einem Antrag des Kreisausschusses beschlossen, dem Kreis 800 000 Mark zuzubilligen, wenn der Kreis wie bisher die Verwaltungskosten trägt.

Bei den in letzter Sitzung beschlossenen Sparkassen-Satzungen gibt die Aufsichtsbehörde nur die Genehmigung, wenn einige kleinere Aenderungen betr. Kündigungsfristen und Rückzahlungen der Darlehn Annahme finden. Dem wurde zugestimmt und damit sind die Satzungen endgültig genehmigt.

Die Neuwahl des Sparkassen-Vorstandes

gab eine äußerst lebhafte Debatte ab. Der Vorsteher macht bekannt, daß dem Vorstand angehören müssen der Bürgermeister, dessen Stellvertreter im Hauptamt oder ein von ersterem zu ernennendes Mitglied, 4 Mitglieder, wovon mindestens 2 Stadtverordnete sein müssen und der Leiter der Sparkasse. Herr Rüberg bittet darauf Rücksicht zu nehmen, daß es ohne kaufmännisches Handeln bei einem solchen Institut nicht geht. Herr Strelinski beantragt Verhältniswahl. Dem widerspricht Herr Müller, die Verhältniswahl erfordere Aufstellung besonderer Listen und das könne man sich doch ersparen. Auch Herr Rüberg ist für Vereinfachung der Wahl. Herr Strelinski bleibt dagegen bei der beantragten Verhältniswahl. Seine Fraktion werde Kräfte präsentieren, die dem Posten wohl vorstehen würden. Herr Jacobi bemerkt, daß der Vorstand eines solch wichtigen Instituts nicht nach politischen Grundsätzen zusammengesetzt werden dürfe. Die wirtschaftliche Seite müsse ausschlaggebend sein. Es scheine beinahe, daß die Sozialdemokratie ihre heutige Majorität für ihre Zwecke ausnutzen wolle. Er müsse aber erklären, daß solche Zusammensetzungen dem Institut nur schaden würden. Die zwei zustehenden Sitze im Sparkassenvorstand habe die sozialdem. Fraktion stets gehabt, wenn Herr Debus nicht erschienen sei, könne man die Schuld dafür nicht den anderen zuschieben. Von einer Unterdrückung, von der Herr Strelinski vorher sprach, könne nicht die Rede sein. Es wird in eine kurze Pause eingetreten. Herr Strelinski ruft, daß man seine Fraktion stets betrogen habe. Diesen Ausdruck weist Stadtrat Weidekamp ganz entschieden zurück. Nach der Beratung der bürgerlichen Fraktionen, wenn man sie fälschlich so mal nennen soll, gibt Stadtv. Müller eine Erklärung für das Zentrum, die Demokraten und die Volksparteiler ab: „Auf eine derartige Neuerung im Wahlverfahren waren wir nicht gefaßt. Wir waren bisher bestrebt, unsere Majorität nicht auszunutzen zum Schaden einer anderen Fraktion, sondern nur zu handeln im Interesse der Stadt. Wenn wir durch eine derartige Sache nochmals überrascht werden, bedauern wir, an den Verhandlungen nicht mehr teilnehmen zu können." Von der Gegenseite wird der Vorwurf der Ueberrumpelung zurückgewiesen. Man werde sich auf den bisherigen Wahlmodus nicht mehr einlassen und verlangen, daß alle Kommissionen nach der Verhältniswahl zusammengesetzt werden. Gewählt wurden dann in den Sparkassen-Vorstand von Liste 1 die Herren Lepke und Beier und von Liste 2 die Herren Rüberg und Braß, nachdem Liste 1 in der Personenfrage eine Aenderung erfahren und nachdem verschiedene Redner die Gültigkeit der Wahl angezweifelt hatten.

Ohne Debatte wurde dem Vorschlage des Sparkassen-Vorstandes und des Magistrats für die Scheck-Abteilung einen Angestellten und eine weibliche Hilfskraft zu bestellen, zugestimmt.

Kenntnis genommen wurde von der durch den Magistrat getätigten Wahl des Mittelschullehrers Herrn Panne und der Lehrerin Frl. Elisabeth Loer bei der höheren Mädchenschule. Neue Stellen würden dadurch nicht geschaffen, da beide seit Jahren an der Anstalt tätig sind und sich gut bewährten. Mit letzterem Hinweis wurde auch der von einem Mitgliede gewünschten Ausschreibung der Stellen, die der Heranziehung guter Kräfte dienen solle, begegnet, ferner aber auch darauf hingewiesen, daß man diesen seit Jahren erfolgreich wirkenden Kräften doch nicht so einfach die Stelle nehmen dürfe. Die Mehrheit gibt die Zustimmung zu der getätigten Wahl.

Herr Dr. Diese beantragt für seine Tätigkeit bei der Mutterberatung und Tuberkulosefürsorge eine Besoldung nach Gruppe 12. Der Magistrat ist bei Berücksichtigung der Stundenzahl für eine Besoldung mit 1/30 nach Gruppe 10 und Anwendung der gleichen Zuschläge für Frau und Kind. Dem stimmen die Stadtverordneten zu.

Herr Stadtobersekretär Kettler wird nach Gehaltsklasse 8 eingruppiert, wobei der Vorsteher seine Verwunderung kundgibt, daß dieser Antrag nicht früher eingereicht wurde. Man möge doch endlich bestimmte Richtlinien aufstellen, damit jeder Beamte wisse, woran er sei. Der Magistrat möge eine solche Vorlage machen.

Die Uebernahme der Aufbahrungskosten des Polizeiinspektors Warschkull stand abermals zur Beschlußfassung. Der Magistrat hat die Uebernahme der Kosten in Höhe von 55 000 Mark auf die Stadtkasse beschlossen. Herr Kupferschlag vertritt eine abweichende Meinung, grundsätzlich vertrete er die Auffassung, daß man der Vorlage nicht zustimmen könne. Man dürfe keinen Präzedenzfall schaffen. Die Leute, die die Sache veranlaßten, müßten zahlen. Herr Strelinski betont, daß auch seine Fraktion die Kosten ablehne, sie würde es aber nicht zulassen, daß die Witwe die Kosten trage. Die Beamten, die die Aufbahrung veranlaßten, müßten zahlen. Herr Müller betrachtet den Fall als eine Gefühlssache. Wenn die Stadt jemals die Pflicht hatte, etwas besonderes zu tun, dann müßte es beim Tode des Inspektors Warschkull geschehen, der infolge der erlittenen Verletzung bei Ausübung seines Berufes sein Leben lassen mußte. Herr Beigeordneter Siegler tritt der Befürchtung entgegen, daß der Witwe die Zahlung der Kosten auferlegt werden könne. Das würde nie eintreten. Wenn er die Verantwortung in vorliegendem Falle übernehme, dann trete er auch voll und ganz dafür ein. Herr Strelinski bemängelt, daß der Magistrat wegen der Aufbahrung vorher nicht gefragt wurde. Herr Ebbinghaus weist auf die Verhältnisse hin, die Wohnräume hätten eine Aufbahrung dort nicht zugelassen. Mit solchen Reden ehre man das Andenken des Verstorbenen nicht. Nachdem noch Herr Scharfenberg für die Vorlage gesprochen, wird die Uebernahme der Kosten auf die Stadtkasse abgelehnt.

Am Schluß der Sitzung gibt Herr Müller zu obigem folgende Erklärung ab: Durch die Ablehnung der Uebernahme auf die Stadtkasse fallen die Kosten der Aufbahrung Herrn Beigeordneten Siegler zur Last. Wir werden dafür sorgen, daß die Kosten von unserer Seite aus gedeckt werden. Herr Kupferschlag will seine vorherige Ablehnung durch die Bemerkung entkräftigen, daß er nicht gewußt habe, daß der Beigeordnete mit den Kosten belastet werden solle, worauf Herr Ebbinghaus ihm sofort erwidert, daß dieses jeder verstehen konnte und alles deutlich genug betont wurde.

(Schluß folgt.)

* *

Kamen, 30. Mai. **(Verschiedenes.)** Die Zeit der **Entlassung von Schulkindern** ist dann fraglich geworden, wenn Kinder am Schlusse des Schuljahres aus der Schulpflicht entlassen und am Palmsonntage oder früher konfirmiert werden. Es frägt sich dann, ob sie schon vor dem letzten Schultage des Schuljahres aus der Schule zu entlassen sind. Die Frage wird von der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der Regierung in Erfurt dahin beantwortet, daß die **Entlassung der Schulkinder, die ihre Schulpflicht beendet haben, ohne Rücksicht auf die Konfirmatin am letzten Schultage vor den Osterferien zu erfolgen hat. Nur wenn der Entlassungstermin nach dem 1. April fallen würde, sind die Schulkinder, die am 1. April in einen Beruf eintreten, auf Antrag der Erziehungsberechtigten, schon am 31. März zu entlassen.**

Der Dollar — ca. 60 000, das englische Pfund — 277 500, der holländische Gulden — 23 600, der schweizerische Frank — 10 850 Mk.

Die Not des gewerblichen Mittelstandes hat die Handwerkskammern und den Westfälisch-Lippischen Handwerker-Bund veranlaßt, in Form einer Versicherungsanstalt eine Versicherungsmöglichkeit für alle selbständigen Gewerbetreibenden gegen Krankheiten und Sterbefälle einzurichten. Auskunft über die Versicherung erteilen die Innungsausschüsse und Handwerkskammern sowie Handwerksämter oder die Westdeutsche Versicherungsanstalt für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende, Dortmund, Kaiserstraße 78 (Handwerkskammergebäude).

(Neue Briefmarke.) Die Reichsdruckerei beginnt jetzt mit der Versendung der neuen Freimarken zu 5000 Mark. Die Marken tragen ein Wartburgbild, sind in Kupferdruck auf weißem Waffelmusterpapier hergestellt. Die Farbe des Bildes ist blau.

Der Wochenmarkt am morgigen Donnerstag fällt des Fronleichnamstages wegen aus und findet dafür am Freitag statt.

(Kein Fernsprechdienst beim Gewitter.) Bei der kommenden Jahreszeit weisen wir unsere Leser darauf hin, daß bei schweren Gewittern Gesprächsverbindungen wegen der damit verbundenen Gefahren von den Vermittlungsämtern nicht hergestellt werden. Trotz der von der Reichspostverwaltung in den Apparaten angebrachten Blitzvorrichtungen ist die Bedienung der Fernsprechapparate in solchen Fällen nicht unbedenklich und unter Umständen sogar lebensgefährlich. Es kann daher dem Publikum auch nur empfohlen werden, bei schweren Gewittern die Apparate und Leitungen nicht zu berühren. Jedenfalls ist es ganz zwecklos, in derartigen Fällen die Vermittlungsämter anzurufen, da diese angewiesen sind, den Betrieb alsbald einzustellen.

Zur Anzeige gebracht wurde ein Bewohner des Hilfingsweges, weil er in angetrunkenem Zustande auf der Lünerstraße und auf dem Hilfingswege Radau geschlagen hatte.

Methler, 30. Nov. **(Neue Sparkassen-Zweigstelle).** Nach einer Bekanntmachung in der heutigen Nummer eröffnet die Amtssparkasse Unna eine weitere Zweigstelle am Montag, den 4. Juni cr. im Gemeindehause zu Methler. Geöffnet ist diese Zweigstelle vorerst am Montag jeder Woche, nachmittags von 4 bis 6 Uhr. Erledigt werden alle Geschäfte. Hiermit kommt die Sparkasse ihren Amtseingesessenen entgegen und erspart ihnen zeitraubende Wege und Kosten. Sollte durch rege Inanspruchnahme das Bedürfnis nach erweitertem Geschäftsverkehr auf mehrere Tage in der Woche vorliegen, würde eine entsprechende Aenderung erfolgen müssen.

Kurl, 30. Mai. **(Sozialrentner-Unterstützung.)** Die Auszahlung der Sozialrentenunterstützungen auf Grund des Gesetzes vom 7. Dezember 1921 und der Teurungszuschüsse für Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte erfolgt in den Gemeinden des Amtsbezirks Brackel am Donnerstag, den 31. Mai ds. Js., vormittags von 9—12 Uhr und zwar für die Gemeinden Wickede und Asseln bei der Sparkasse in Asseln und für die Gemeinden Grevel, Hufen, Curl und Lanstrop bei der Verwaltungsnebenstelle in Kurl.

Iserlohn, 29. Mai. **(Im Schlaf erstickt.)** Am Mittag wurde die Witwe C. in ihrer Wohnung, Lünkerhohl Nr. 23, tot aufgefunden. Nach den polizeilicherseits sofort angestellten Ermittelungen ist der Tod auf Gasvergiftung zurückzuführen. Der nur lose mit dem Gashahn verbundene Schlauch hatte sich gelöst, das Gas war entströmt und dort von der Frau, die noch schlief, eingeatmet worden. Die sofort wieder angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Die Leiche wurde in der Leichenhalle untergebracht.

! **Haspe**, 28. Mai. **Vom Dach gestürzt** ist Freitag der Dachdeckermeister Paul Haarbusch, als er auf dem Dach eines Hauses in der Tillmannsstraße Reparaturarbeiten ausführte. Der Bedauernswerte ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

(bu) **Buer**, 29. Mai. **(Seine Tochter mit dem Hammer erschlagen.)** Festgenommen und dem Amtsgericht vorgeführt wurde ein Anwohner der Arndtstraße, weil er seine 24jährige Tochter mit einem Hammer vor den Kopf geschlagen hat, an deren Folgen sie kurz darauf im Krankenhause gestorben ist.

** **Buer**, 29. Mai. **(Tödlicher Unglücksfall.)** Auf der Zeche „Westerholt" verunglückte ein alter, erfahrener Schießmeister tödlich infolge Explosion mehrerer Zünder, die er zum Schießen bereitgestellt hatte. Die Ursache der Explosion vermutet man darin, daß seine Grubenlampe, die er über dem Arbeitstisch aufgehängt hatte, auf die Zünder gefallen ist. Der Unfall hätte leicht verhängnisvolle Folgen haben können, da er sich in unmittelbarer Nähe des Sprengstoffraumes ereignete. Auch war es ein glücklicher Zufall, daß sonst niemand in der Nähe war.

? **Münster**, 24. Mai. **Mit einer neuen „Heilmethode"** versuchte hier ein Mann von auswärts in der letzten Zeit viel Geld zu verdienen. Er nannte sich „Masseur", doch erstreckte sich seine Tätigkeit in der Hauptsache darauf, den Patienten 123mal (ausgerechnet 123mal) vor der Stirn herzureihen und ihnen dafür 20 000, 40 000 und sogar 50 000 Mark abzunehmen. Der Heilerfolg bestand dann darin, daß der Patient nach diesem Aderlaß wenigstens in finanzieller Hinsicht kuriert war. Der „Masseur" ist jetzt auf auswärtiges Ersuchen hin hier verhaftet worden; es liegen auch Anklagen wegen Diebstahls und Unterschlagung gegen ihn vor.

(bu) **Mayen**, 17. Mai. **(Der explodierte „Bleistifthalter".)** Ein hiesiger Einwohner gab seinem zehnjährigen Neffen eine scharfe Patrone, die wahrscheinlich von einer amerikanischen Gefechtsübung herrührte, mit dem Bemerken, er könne sie als Bleistifthalter verwenden. Als der Knabe mit einer Nadel **daran bohrte, explodierte** das Geschoß, riß dem Knaben die linke Hand und mehrere Finger der rechten Hand weg, zerschmetterte ihm mehrere Zähne und drang tief in die Brust ein. Der Knabe wurde ins Krankenhaus gebracht.

Eine neue Rede Poincarees.

(TU) Bei dem französisch-belgischen Festessen, das in Paris stattfand, und an dem die meisten Mitglieder der französischen Regierung mit Herrn Poincaree an der Spitze und von belgischer Seite der frühere Ministerpräsident Delacroix und der frühere belgische Minister Carton de Miart teilnahmen, wurden mehrere politische Ansprachen gehalten. Der letztgenannte belgische Minister sagte: „Das offizielle Deutschland hat systematisch an seiner Verarmung gearbeitet, um die Welt glauben zu machen, daß es seine Schulden nicht bezahlen könne. Aber die Ruhrbesetzung, die die deutsche Industrie an ihrer empfindlichsten Stelle traf, hat mit Deutlichkeit den Kontrast zwischen der Haltung der Regierung und den wirklichen Zuständen gezeigt. Vor einigen Tagen haben wir im Reichstag den früheren Kanzler, Herrn Müller, sagen hören, es sei sehr schwer, die augenblickliche Zahlungsfähigkeit abzuschätzen, aber er, der Redner, sei davon überzeugt, daß im entscheidenden Augenblick bedeutende Summen aus der deutschen Industrie herauszuholen seien. Sei es danach, so fuhr der belgische Minister fort, nicht die Pflicht Deutschlands, die Industrie zur Garantieleistung heranzuziehen? Müsse man da nicht schließen, daß Belgien und Frankreich, wenn sie nicht wollen, daß man sie zum Narren hält und ruiniert, eine Aktion energisch fortsetzen, die keineswegs von einer Kriegsleidenschaft oder Gehässigkeit inspiriert sei?" — Herr Poincaree, der danach das Wort ergriff, sagte zu den Belgiern u. a.: Wenn wir unsere Ruinen nicht wieder aufbauen und unser normales Leben in Arbeit und Sicherheit nicht wieder aufnehmen können, so kommt es daher, daß Deutschland seine Verpflichtungen uns gegenüber nicht erfüllt hat. Deutschland, das nicht überfallen worden ist, dem nicht ein Dorf zerstört, nicht eine Fabrik vernichtet und kein Bergwerk ertränkt worden ist, Deutschland hat trotzdem sein Geld in überflüssigen Arbeiten und luxuriösen Ausgaben verschwendet (Die alte Leier), hat keine Anstrengungen gemacht, um seine Finanzen zu ordnen und hat seine Währung systematisch ruiniert und es hat sich freiwillig jeder Möglichkeit beraubt, auf dem Wege der Anleihen die notwendigen Quellen zu erschließen. Angesichts dieses organisierten Bankerotts haben unsere Völker es verstanden, daß eine längere Duldsamkeit auf unserer Seite vom deutschen Reich nur als Schwäche und Ermunterung zur vollen Zerstörung des Versailler Vertrages aufgefaßt würde." Dann fuhr Poincaree fort: „Die Anzeichen einer deutschen Notlage vermehren sich von Tag zu Tag und augenblicklich sind in mehreren Städten ernsthafte Unruhen ausgebrochen, die die Regierung und die Bevölkerung gegeneinander ins Feld führen. Es bleibt der Berliner Regierung überlassen, ob sie diese Unruhen sich verschärfen lassen will und damit das ganze Land einer furchtbaren Katastrophe zuführen will. Was uns Belgier und Franzosen betrifft, so können wir nur mit Vertrauen und Kaltblütigkeit die weiteren Ereignisse abwarten. Wir haben die Pfänder in unserer Hand und es ist Sache des Schuldners, Angebote zu machen und sein Wort zu halten."

Der Standpunkt der Regierung zum Industrievorschlag.

(TU) Halbamtlich wird erklärt: Zu der Frage der Garantien für die deutschen Reparationsleistungen liegt in dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler ein wichtiger Beitrag vor. Das Schreiben trägt dem von der Reichsregierung festgelegten Gesichtspunkt der Heranziehung der Wirtschaft zur dinglichen Sicherung der deutschen Leistungen Rechnung, indem es sich prinzipiell auf den Boden dieser Auffassung stellt. Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wieweit die Darlegungen des Schreibens über die Bemessung und Verteilung der von der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Verwendung finden können, denn, so sehr es zu begrüßen ist, daß in der Erkenntnis der Notwendigkeit großer Opfer einzelne Stände sich bereit finden, an den zu lösenden Problemen mitzuarbeiten, so wenig entfernt sich die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Verteilung der Leistungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbsstände führend zu bestimmen und unabhängig festzulegen. Die Vorarbeiten hierfür sind von der Regierung aufgenommen. Mit der gleichen Selbstverantwortung wird sie die gesetzlichen Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November unter weitgehender Zustimmung der Parteien umrissen und von der Regierung wiederholt zugesagt worden sind.

Die Stellung der Gewerkschaften.

(TU) Dem „Lokalanzeiger" wird aus gewerkschaftlichen Kreisen mitgeteilt, daß die Ausarbeitung des Reichsverbandes der deutschen Industrie auch von den Gewerkschaften sehr wohl als eine Diskussionsbasis angenommen werden kann, wenn auch einzelne Punkte des Memorandums noch der Klärung bedürfen. Der Grundgedanke des Schreibens, daß die Haftung der deutschen Industrie eine innerdeutsche Angelegenheit sei und daß eine unmittelbare Haftung dem Auslande gegenüber nicht in Frage kommt, wird auch von den Gewerkschaften anerkannt. Die Forderung der Industrie nach größerer Tariffreiheit und die Frage des Achtstundentages sei von den Gewerkschaften mit einer gewissen Beunruhigung aufgenommen worden. Das vom Reichswirtschaftsrat verabschiedete Arbeitszeitgesetz für gewerbliche Arbeiter, das die Zustimmung der Arbeitgeber gefunden hat und auf das auch jetzt in dem Memorandum hingewiesen wird, wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Der Aufhebung der Demobilmachungsvorschriften werde auch von den Gewerkschaften zugestimmt werden, wenn an ihre Stelle Gesetze treten, die den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt sind.

Nr. 123. 1923.



Der Mann, der die Stadt plünderte.

Roman von Sven Elvestad.

Copyright bei Georg Müller, München.

1.

„Ich darf behaupten," sagte der Chef der Kriminalpolizei, während er ein paar Papiere zusammenlegte, die er eben sehr genau durchgelesen hatte, „daß meine Leute in dieser Sache alles getan haben, was in menschlicher Macht steht. Aber es ist zwecklos gewesen. Wir stehen heute genau auf demselben Fleck wie vor vier Wochen und sind der Lösung der mystischen Angelegenheit keinen Schritt näher gekommen. Es ist unausbleiblich, daß sich beim Publikum eine gewisse Nervosität zu zeigen beginnt. Das Schlimmste ist, daß die Aufmerksamkeit für das Ungewöhnliche und Geheimnisvolle in dieser Kette von Verbrechen überhaupt geweckt worden ist. Wenn sich so ein Diebstahl, wie der beim Schiffsreeder Vogt, wiederholen sollte, kann man erwarten, daß die Oeffentlichkeit ernstlich erschreckt wird. In diesem Falle wird es über die Polizei hergehen, das ist die alte Geschichte. Nun müssen Sie nicht glauben, ich hätte Angst vor den Zeitungen oder vor dem Eingreifen der öffentlichen Meinung in eine solche Sache; dazu bin ich mir viel zu sehr bewußt, daß die Polizei alles getan hat, was in ihrer Macht stand. Aber Sie begreifen, ein zu starkes Interesse beim Publikum kann leicht hemmend und störend auf den Gang der Untersuchung einwirken. Insofern ist es also nicht nur wünschenswert, sondern auch gewissermaßen notwendig, daß irgendein Resultat erzielt wird, oder daß man jedenfalls eine aufsehenerregende Wiederholung der Verbrechen verhindert. Und da ich nichts unversucht lassen will und auch nicht wünsche, daß man mir einen Vorwurf machen kann, so habe ich nach Beratung mit meinen nächsten Untergebenen beschlossen, mich um Beistand an einen Mann zu wenden, der bei einem großen Teil des Publikums im Rufe großer Tüchtigkeit steht, und dessen Ausdauer und Klugheit auch ich anerkenne."

Das waren die vorsichtigen Worte des Chefs der Kriminalpolizei. Das Gespräch fand statt am 23. August 1919, und der Angeredete war der Privatdetektiv Asbjörn Krag, der ganz still und verzagt dasaß und an seiner Zigarre sog.

Der Polizeichef begann wieder in seinen Papieren zu wühlen.

„Wie ich Ihnen gesagt habe," erklärte er, „einige wenige Anhaltspunkte sind vorhanden."

Hier hob Krag die Augen, aber sie begegneten denen des Polizeichefs nicht. Dieser stand über die Papiere gebeugt.

„Ich muß zugeben," murmelte der hohe, magere, ernste Mann, „daß wir in Christiania jetzt ziemlich gute Fortschritte machen. Selbst in Paris oder London würde eine solche Reihe von rätselhaften Verbrechen, wie sie hier vorliegen, Aufmerksamkeit erregt haben. Sie sind vermutlich an der Hand der kurzen Zeitungsnotizen dem Gang der Ereignisse gefolgt.

Schon lange hegen wir den bestimmten Verdacht, daß diese Verbrechen, so verschieden sie auch sind, doch auf einen gemeinsamen Ursprung zurückgehen, wenn ich so sagen darf: auf einen ausführenden Willen. Jetzt fangen auch die Zeitungen an, einen ähnlichen Verdacht zu äußern — und dann haben wir den Skandal. Oder richtiger: die Sensation, die verfluchte Sensation, die unsre Arbeit so oft aufgehalten hat. Sie muß vermieden werden."

Der Polizeichef machte eine kleine Pause und fuhr dann fort:

„Angefangen hat's mit dem Einbruch beim Bankdirektor Stefanson in der Villa Rosenhain am 23. Juli abends 10 Uhr."

„10½ Uhr!" bemerkte Asbjörn Krag. Es war seit längerer Zeit sein erstes Wort. Der Chef schien etwas erstaunt, sah in seinen Papieren nach und nickte:

„Ganz recht. Sie entsinnen sich, der Bankdirektor gab eine Gesellschaft anläßlich seines Jubiläums. Während dieser Gesellschaft wurden die Juwelen der Frau Direktor gestohlen. Sie hatten einen Wert von 10 000 Kronen. Und es fand sich sonst keinerlei Spur des Einbruchs, das Juwelenkästchen war auf sehr geübte und ruhige Art aufgebrochen worden."

„Ich entsinne mich. Das Kästchen stand im Salon der Frau Direktor. Die Türen zu den anstoßenden Zimmern waren geschlossen. Die Gäste befanden sich in der Nähe. Niemand hatte Geräusch gehört. Der Salon der Frau Direktor liegt im ersten Stock des Hauses, aber alle Fenster waren von innen geschlossen. Das alles weiß ich."

„Gut. Aber wissen Sie auch, daß man keinen einzigen der Schmuckgegenstände wiedergefunden hat? Sonst pflegt man doch in in- oder ausländischen Pfandleihen Spuren solcher Diebstähle zu entdecken, aber diesmal sind die Schmucksachen vollkommen verschwunden. Wir haben Untersuchungen eingeleitet in Christiania, Berlin, Kopenhagen usw., aber nicht die kleinste Perle von Frau Stefansons schöner Sammlung ist gefunden worden. Was halten Sie von diesem Diebstahl?"

„Daß er von jemandem begangen sein muß, der sich in dem betreffenden Zeitraum in den Wänden der Villa aufgehalten hat."

Der Polizeichef schlug ungeduldig mit den Papieren auf den Tisch.

„Ja, die Dienerschaft, die Dienerschaft," murmelte er. „Aber wir haben keinen irgendwie Verdächtigen finden können."

„Unter der Dienerschaft?" murmelte Krag und hob die Augen wieder.

„Ich verstehe, wo hinaus Sie wollen," sagte der Chef mit ärgerlichem Brummen. „Ein Polizeibeamter darf natürlich alle und jeden im Verdacht haben; aber Sie können nicht von mir verlangen, daß ich die Damen und Herren, die an jenem Abend die Gäste des Bankdirektors waren, mit argwöhnischen Augen betrachte. Sie gehören sämtlich zu den besten Gesellschaftskreisen von Christiania. Da waren erstens der Kassenvorsteher seiner Bank, Mitglieder des Aufsichtsrats, persönliche Freunde des Bankdirektors, die angesehene soziale Stellungen bekleiden. Soviel ich weiß, sind sie alle sehr wohlhabend, und es wäre eine absurde Idee, einem von ihnen diesen erbärmlichen Juwelendiebstahl zuzutrauen. Außerdem dürfen Sie nicht die Diebstähle in der folgenden Zeit vergessen; drei Tage darauf wurden aus dem Geldschrank des Schiffsreeders Björnehy mehrere wertvolle Kontrakte gestohlen. Der Schrank ist auf die gleiche, sinnreiche Art geöffnet worden. Eine Woche später ist der Geldschrank des alten Rentiers Wold ebenso geplündert worden, auch während einer Gesellschaft. Dabei fielen dem Diebe zwanzigtausend Kronen in Gold und Banknoten in die Hände. Der alte Geizhals hat ja Angst vor den Banken und hat immer große Beträge zu Hause. Natürlich haben wir untersucht, wer bei dieser Gesellschaft zugegen war; und es hat sich herausgestellt, daß keiner von den Gästen des Bankdirektors dagewesen ist. Sie haben das Inserat in den Zeitungen gelesen?"

„Ja."

„Der Rentier hatte die Nummern von fünf Tausendkronenscheinen notiert, die zwischen dem gestohlenen Gelde waren. Diese Nummern haben wir in allen großen Zeitungen in Skandinavien bekanntgegeben, wir haben die Wechselinstitute im Auslande gewarnt, aber noch haben wir keine Mitteilung darüber erhalten, daß jemand den Versuch gemacht hat, einen einzigen der Scheine auszugeben. Sie müssen doch eingestehen, daß es eine ganz verzweifelte Geschichte ist. Nun kommen wir zu dem Taschendiebstahl im Nationaltheater bei der Galavorstellung am 3. August. Fünf Herren auf dem Orchesterplatz wurden die Portemonnaies und Brieftaschen gestohlen; selbst dem Gast unseres Königspaares, dem Prinzen Chira von Siam, wurde im großen Foyer das brillantengeschmückte Großkreuz des Sankt-Olafordens sowie eine sehr kostbare Nadel entwendet. Hier haben wir uns nicht an die aufgebrochenen Geldschränke zu halten; aber ich habe eine Ahnung, daß dabei derselbe entsetzliche Mensch seine Hand im Spiel hat. Diese Person scheint mit Vorliebe an Orten zu operieren, wo Fest, Musik und Tanz stattfinden. Es muß ein sehr blasierter Verbrecher sein — denn sonst sollte man doch denken, daß es viel schwieriger sein muß, zu operieren, wo viele Menschen zugegen sind, als in der Stille der Nacht, wenn es dunkel ist und alles schläft. Aber jetzt kommen wir zu dem letzten und eigentümlichsten Fall."

„Dem verwegenen Diebstahl in der Oskarstraße 54B?" fragte Krag.

Der Polizeichef nickte und suchte aus dem Aktenbündel ein kleines Stück Papier hervor, auf dem etwas in Maschinenschrift geschrieben war.

„Sie werden sehen," sagte der Polizeichef, indem er Krag das Papier reichte, „daß der Verbrecher die größte Kühnheit bewiesen hat."

Krag nahm das Papier und las die sonderbare Mitteilung:

„Wenn Sie den Dieb von der Villa Rosenhain finden wollen, müssen Sie auf den Revolverschuß heute abend um 11,37 Uhr in der Oskarstraße 54B achten."

Der Chef klingelte.

„Und nun wollen wir," sagte er, „den Mann kommen lassen, der den Schuß gehört und gesehen hat, was geschah."

Ein neuer Mann zeigte sich im Bureau. Eine hohe, muskulöse Gestalt. Er konnte 35 Jahre alt sein. Sein Gesicht war gutmütig, rotbackig, lächelnd; doch die Augen in diesem Gesicht waren ungewöhnlich wachsam und flink. Krag erkannte ihn sofort und begrüßte ihn freundlich. Es war Kriminalkommissar Helgesen; als Bauernbursch war er aus seinem Kirchspiel nach der Hauptstadt gekommen und hatte als Polizeibeamter so viel Schlauheit und Tüchtigkeit bewiesen, daß er schnell befördert worden war und jetzt eine Vertrauensstellung einnahm.

„Nun, die Herren kennen einander," murmelte der Polizeichef, „dann brauche ich also nicht vorzustellen. Sie erwarten wohl, worum es sich handelt, Helgesen. Um die Rosenhain-Geschichte."

Zu Krag gewandt fuhr er fort:

„Wir benennen diese Verbrechen nach dem ersten Diebstahl bei dem Bankdirektor in der Villa Rosenhain. Wir möchten hören, Helgesen, was neulich an jenem Abend in der Oskarstraße 54B geschehen ist."

Helgesen setzte sich an den Tisch gegenüber. Als er begriff, daß es galt, Asbjörn Krag mit in das Spiel hineinzuziehen, zeigte er sich sofort sehr interessiert.

„Ja, wenn Sie eine Lösung des Rätsels finden können," begann er, „so sind Sie ein kluger Mann; denn es ist der verwickelteste und schwierigste Fall, den ich erlebt habe. Jetzt will ich also von der Oskarstraße 54B erzählen. Später kommt der Fall in der Gemäldegallerie, der ist auch merkwürdig, insofern die Absicht des Diebes hier infolge eines sonderbaren Zusammentreffens von Umständen mißlang."

„Sobald wir den mystischen Brief bekommen hatten," fuhr Helgesen fort, „beeilten wir uns festzustellen, wer in dem Hause wohnte. Es ist ein Einfamilienhaus und gehört dem steinreichen Hauptmann Carstens, der mit einer Tochter des Direktor Rydberg verheiratet ist — Sie wissen ja. Wir spionieren rings um das Haus, setzten uns in Verbindung mit der Dienerschaft usw., und nach Verlauf von einigen Stunden wußten wir folgendes:

1. Der Hauptmann bewohnte das Haus selbst.
2. Er gab am 7. August eine Gesellschaft.
3. Fünfzig Gäste wurden erwartet.
4. Der Hauptmann suchte nach tüchtigen Lohndienern für diese Gesellschaft.
5. Unter den Gästen sollte der mexikanische Minister der einzige Ausländer sein. Sonst waren nur Norweger geladen, meist Leute aus Christiania, vor allem Offiziere, aber auch ein paar Universitätsprofessoren, Kaufleute und ein Künstler, der bekannte Komiker Trybel. Hier sehen Sie die Liste, Krag. Damals waren die Einladungen schon ergangen. Sie werden die meisten Namen kennen."

(Fortsetzung folgt.)

Lieder eines Arbeiters.

Willst du Schönheit froh genießen.

Willst du Schönheit froh genießen,
Lieb und Laute nimm zur Hand,
's ist Maienluft, 's ist Lenzesduft,
Der Frühling ist im Land!

Zieh hin wohl bei der Vöglein Sang
Weit über Feld und Flur,
Genieße nach des Werktags Mühn
Die herrliche Natur.

Ja, ziehe hin im Blütenduft,
Wo blaue Bächlein fließen,
Und raste an des Waldes Saum,
Wo bunt die Blümlein sprießen.

Die Sonne grüßt so warm und mild
Mit ihrem Silberstrahl,
Nimm Lieb und Laute dann zur Hand,
Ein Vöglein pfeift's Signal.

Alfons Mayer.



Flachsanbau in Aegypten.

Die englische Regierung hat in den letzten drei Jahren in Aegypten eingehende Versuche mit dem Anbau von Flachs gemacht. Die Probe ist so günstig ausgefallen, daß in diesem Jahre in großem Maßstabe an die Einführung dieses neuen Produktionszweiges gegangen werden soll. Die Fellahs, die ägyptischen Ackerbauer werden voraussichtlich in diesem Winter zum ersten Mal Flachs in einem Umfange bauen, der ihnen erlaubt, im nächsten Jahre die erste Ernte in den Handel zu bringen. Für die Verwertung hat die englische Regierung auch schon Vorsorge getroffen. Die Handels-Organisation ist eingerichtet und in Alexandria wird vermutlich eine Spinnerei angelegt werden. Es ist interessant, daß die Aufnahme des Flachsbaues in Aegypten nicht unwesentlich durch die ägyptischen Ausgrabungen gefördert worden ist. Die Funde in den ägyptischen Gräbern lieferten zahlreiche bildliche Beweise dafür, daß die alten Aegypter in feinste Leinwand gekleidet waren. Außerdem fand man in den Mumiengräbern noch wohl erhaltene Ueberreste dieses Stoffes, und auch daraus ging hervor, daß die ägyptische Leinwand ein ganz vorzügliches Gespinst aufwies, das die Aegypter im übrigen sehr kunstvoll zu verarbeiten verstanden. Es war klar, daß der Urstoff für die Leinwand in Aegypten selbst gewonnen sein mußte. Darauf weisen auch noch einige, allerdings recht kümmerliche Ueberreste von Flachsanbau hin, die sich in einigen Teilen Aegyptens gehalten haben. Man sieht auch aus diesem Grunde der Wiederaufnahme des Flachsbaues im großen mit besten Aussichten entgegen, da der Boden dazu offenbar recht geeignet sein muß. Für die ägyptische Bevölkerung ist die Einführung des neuen Produktionszweiges natürlich von allergrößter Bedeutung. Die bisher mit Vorliebe gebaute und ausgeführte Baumwolle ist eine Sommerfrucht, der Flachs dagegen eine Winterfrucht, sodaß sich die beiden Erzeugnisse nicht gegenseitig ausschließen. Gelingt der Anbau von Flachs, so wird die Zukunft Aegyptens nicht nur auf das Gelingen einer einzigen Ernte gestellt sein, sondern durch den Flachsanbau eine zweite Möglichkeit besitzen, die in Verbindung mit der andern das wirtschaftliche Leben auf jeden Fall sehr günstig beeinflussen muß. Für die Fundierung der englischen Herrschaft in Aegypten ist dieser Schritt natürlich von großer Bedeutung. Er verdient deshalb auch unsere lebhafte Aufmerksamkeit.

Die amerikanischen Besatzungskosten.

Havas macht folgende Angaben über das unterzeichnete Abkommen über die amerikanischen Besatzungskosten: Die Vereinigten Staaten sollen in 12 Annuitäten ab 1923 entschädigt werden. Die vor dem 1. Januar geleisteten Zahlungen Deutschlands kommen also nicht mehr in Betracht. Die Forderung der Vereinigten Staaten wird unter Abzug der von der amerikanischen Besatzungsarmee requirierten Papiermarkbeträge und des Wertes des während des Waffenstillstandes zurückgelassenen Materials berechnet, das die amerikanische Armee beschlagnahmt hat. Die Forderung ist unverbindlich. Indessen werden die Rückstände der Annuitäten, falls sie nicht in vollem Umfang bezahlt werden, auf das Spezialkonto verbucht werden, das Zinsen von 4½ Prozent trägt. Die Annuitäten genießen vor den von Deutschland auf Grund der Wiederherstellungsbedingungen geleisteten Barzahlungen ein Privileg ersten Ranges. Von 1924 genießen sie diesen Vorrang, soweit als möglich auch für diejenigen Zahlungen, die zur Deckung der alliierten Besatzungskosten geleistet werden. Indessen wird im Laufe der ersten vier Jahre, also von 1923—1926 einschließlich, das Privileg der Vereinigten Staaten nur bis zu 25 Prozent der deutschen Barzahlungen wirksam sein, damit das Privileg der Alliierten nicht Gefahr läuft, in den ersten vier Jahren zu stark eingeschränkt zu werden. Im übrigen ist vereinbart worden, daß in Ausführung des Abkommens die Besatzungskosten der europäischen Mächte zunächst nach dem Wert der deutschen Sachlieferungen und dem Betrage der von England erhobenen 26prozentigen Abgabe aus der deutschen Einfuhr oder den entsprechenden Bedingungen, sowie nach dem Wert der von Deutschland übertragenen und abgetretenen Güter, Rechte und Interessen berechnet werden sollen. Das Abkommen sieht schließlich vor, daß nach Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und den alliierten Mächten neue Bestimmungen eingefügt werden sollen, falls Deutschland auf Grund von Anleihen seine Schuld rascher abträgt als vorgesehen ist.

Einwanderungserleichterung nach Amerika?

Aus Neuyork wird gemeldet, daß der Präsident der American Exchange Nationalbank einen Aufruf erlassen hat, einen Fonds zu schaffen, um die Einwanderung geschulter Arbeiter aus Deutschland und England zu fördern. Bekanntlich sind die Meinungen in den Vereinigten Staaten mit Bezug auf die Einwanderungsfrage sehr geteilt. Gesetzlich ist festgelegt, eine wie große Zahl Einwanderungen von jeder Nationalität in jedem Jahre zugelassen werden dürfen. Handels- und Industriekreise agitieren schon seit längerer Zeit für die Aenderung der Bestimmungen, weil nicht genügend brauchbare Arbeitskräfte in Amerika vorhanden seien. Aber die Arbeitervereinigungen sind gegen die Einwanderungen und suchen durchzusetzen, daß die Einwanderung noch mehr eingeschränkt wird, damit die amerikanischen Arbeiter ihre Interessen besser verfolgen könnten. Die Regierung nimmt vorläufig eine abwartende Haltung ein. In dem Aufrufe heißt es, daß selbst bei den bestehenden Gesetzen eine größer Zahl von deutschen Einwanderen zugelassen werden könnte. Es fehle eben an brauchbaren deutschen Arbeitern und diesen wiederum fehle das Geld für die Ueberfahrt. Deshalb solle ein Fonds geschaffen werden, aus welchem den Arbeitern Vorschüsse auf die Reise gegeben werden könnten, welche sie nachher aus ihren Löhnen zurückzahlen müssen.

Es ist eigenartig, daß man den Deutschen nur in dem Augenblick schätzt und seine Leistungen anerkennt, wo man einen unmittelbaren Vorteil aus ihm zu ziehen gedenkt.

Vor französischen Kriegsgerichten.

Vom Wittener Militärgericht wurden verurteilt: Kaufmann Anton Schröder aus Dortmund und Fuhrunternehmer Wilh. Hoffmann aus Aplerbeck wegen Schmuggels zu 6 bezw. 2 Monaten Gefängnis und je einer Million Mark Geldstrafe. Der Eisenbahner Drubba aus Dortmund wegen Verbreitung verbotener Schriften zu 6 Monaten Gefängnis und einer Million Mark. Fuhrunternehmer Kupka aus Aplerbeck wegen Hehlerei zu 10 Monaten Gefängnis und einer Million Mark. Bergarbeiter Barowski wegen Nichtanmeldung von Waffen zu 250 000 Mark. Schlosser Heinr. Müller aus Hörde wegen Nichtanmeldung von Brieftauben zu 25 000 Mark. Es wurde ferner in Abwesenheit gegen den angeblichen Schutzpolizeiangehörigen Wilh. Weber wegen Ungehorsams verhandelt. Er erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe. Außerdem wurde verhandelt gegen mehrere Personen, die sich geweigert hatten, mit deutschem Personal fünf von den Franzosen beschlagnahmte Eisenbahnwagen abzutransportieren. Lokomotivführer Nierweg-Dortmund und Eisenbahnschlosser Milleck-Dortmund erhielten je 20 Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Baurat Kloninger, der Leiter des Betriebsamtes 3 in Dortmund, erhielt 6 Monate Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe.

Das Militärpolizeigericht in Castrop verurteilte am 25. d. M. den Eisenbahn-Gütervorsteher Marten aus Merklinde wegen Nichtausführung eines militärischen Befehls zu 1 Monat Gefängnis und wegen Beleidigung eines französischen Sergeanten zu 1 Jahr Gefängnis und 1 Million Geldstrafe. Marten war ohne Dienstabzeichen zum Dienst erschienen und soll bei Besetzung des Bahnhofs Merklinde gegenüber einem französischen Sergeanten eine beleidigende Aeußerung gebraucht haben. Das Gericht erkannte auf Verurteilung wegen Beleidigung, obgleich der Aussage des Sergeanten das Zeugnis eines deutschen Eisenbahners gegenüberstand und der französische Militärstaatsanwalt diesen Anklagepunkt hatte fallen lassen.

Das Kriegsgericht der 77. Division in Werden verurteilte den Landrat des Landkreises Essen, Dr. Schöne, zu 5 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe, weil er an General Degoutte einen scharfen Protest gerichtet hatte, in dem er sich über die der Stadt Kettwig auferlegte Sanktion beschwerte.

Ein Moselschiff mit Ausgewiesenen beschlagnahmt.

Freitag abend 7 Uhr wurde das von Trier kommende Moselschiff, auf welchem sich aus Trier ausgewiesene Eisenbahner mit ihrem Gepäck befanden, von der französischen Zollbehörde beschlagnahmt. Der Kapitän wurde verhaftet, weil er angeblich Flüchtlingsgut mitgenommen und nach 7 Uhr abends in Koblenz ausgeladen hatte. Ein dem Roten Kreuz angehörender Eisenbahnsekretär namens Roth wurde gleichfalls verhaftet. Heute morgen war auf dem Koblenzer französischen Zollamt eine Verhandlung, in welcher der Wert des Schiffes auf eine halbe Milliarde geschätzt wurde, gegen Hinterlegung dieser Summe soll das Schiff wieder freigelassen werden.

Flüchtlinge aus dem Eifel- und Trierer Gebiet in Hagen.

(TU) Am Sonnabend in den Nachmittags- und Abendstunden trafen drei Flüchtlingstransporte, bestehend aus Eisenbahn- und Zollbeamten sowie deren Angehörigen aus der Eifel- und der Trierer Gegend im Bahnhof Hagen ein. Sie wurden vom Vorstand des Eisenbahnbetriebsamtes I im Verein mit der Hagener städtischen Fürsorgestelle empfangen. Ein Teil der Flüchtlinge reiste nach ausgiebiger Darreichung von Erfrischungen und Liebesgaben nach einigem Aufenthalt weiter. Der andere Teil, der eine lange Reise hinter sich hatte, wurde in Hotels untergebracht. Am nächsten Morgen fuhr dieser Teil nach seinem Ziel weiter. Es war rührend anzusehen, wie die Vertriebenen, meist Frauen und Kinder, über die liebevolle Aufnahme, die sie von allen Beteiligten empfangen hatten, ihren Dank zum Ausdruck brachten. Sie erklärten alle, das Gefühl des Wiedergeborgenseins erlangt zu haben.

Landesverräter.

Eine neue Anspachiade ist Gegenstand der Anklage durch den Oberreichsanwalt geworden. Es handelt sich um den „Journalisten" Narkowski, den Musiker Hunsicke und den Kaufmann Bialiwons, die sich des Verrats militärischer Geheimnisse an die polnischen Nachrichtenstellen in Berlin und Breslau schuldig gemacht haben. Sie haben dem polnischen Nachrichtendienst umfangreiche gefälschte Dokumente über den deutschen Selbstschutz in Oberschlesien und über die dortige Tätigkeit Roßbachs geliefert und sich dafür gut bezahlen lassen. Dies wird auch von den Angeklagten nicht bestritten, die auch zugeben, lediglich durch Habsucht geleitet worden zu sein. Der gestern angesetzte Termin vor dem Landgericht 1 mußte vertagt werden, da seitens der Verteidigung weitere begründete Beweisanträge gestellt wurden.

Deutschland wird nicht zur Ruhe kommen, eher nicht auch mit diesem Spitzelgesindel, das gemeinsten Verrat mit gefälschten Dokumenten treibt, gründlich aufgeräumt ist.

Erwerbslosenunruhen in Dresden

nahmen dort gestern einen besorgniserregenden Zustand an. Am Wiener und am Prinarer Platz kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen ihnen und der Polizei, die von der Waffe Gebrauch machen mußte. Einige Beamte erhielten Verletzungen. Vier Demonstranten wurden verhaftet. Da Versuche des Oberbürgermeisters und des Polizeipräsidenten, die Erwerbslosen von der Aussichtslosigkeit einer zwangsweisen Preissenkung zu überzeugen fehlgeschlagen waren, bewilligte der Rat 500 Millionen Mark. Die Reichsregierung soll ersucht werden, unverzüglich für eine ausreichende Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose zu sorgen. Die SPD., die KPD. und die Gewerkschaften beschlossen einen gemeinsamen Aufruf an die Arbeiter zu richten, der sich gegen die allgemeine Arbeitsniederlegung richtet.

Verschiedene Meldungen.

Die Franzosen haben in Düsseldorf den Befehl erlassen, daß die Familien von 48 Ausgewiesenen, darunter des Oberbürgermeisters Dr. Köttgen, des Bürgermeisters Schmid u. a., binnen kurzer Frist ihre Wohnungen räumen. Es wurde eine große Zahl von Eisenbahnern verhaftet, die es abgelehnt hatten, in den Dienst der „Regie der Eisenbahnen des besetzten Gebietes" zu treten. Sie werden voraussichtlich ausgewiesen werden.

Der taubstumme Hausierer Ewertz von Krefeld wurde in der Nähe der Eisenbahnlinie Krefeld—Oppum—Neuß von mehreren Posten der Besatzungstruppen beschossen und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

Die militärische Besatzung der Höchster Farbwerke ist aufgegeben worden. In dem seit dem 15. Mai stillgelegten Betrieb wird die Arbeit morgen wieder aufgenommen werden.

Die japanische Regierung hat dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetregierung Ogodin mitgeteilt, daß die japanische Regierung in den japanischen Städten Lagasaki, Luruse und Hakodete sowjetrussische Konsulate zu eröffnen gestattet hat.

Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission seit dem 18. Januar insgesamt 3222 Personen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Briefkasten.

B. in Kamen. Jedes Testament kann angefochten werden. Mit welchem Erfolge, das ist allerdings eine andere Frage. Die Hinterlassenschaft ist selbstverständlich nach dem heutigen Werte zu verrechnen. Bei Sparkassenlagen u. dergl. haben aber 1000 Mark nur den Nennwert, den sie vor Jahren auch schon hatten. — Sie müssen die Fässer zunächst so reinigen, daß dieselben völlig frei von jedem Geruch sind. Am besten füllen Sie dieselben mit einer Pottasche- oder Sodalösung, lassen diese einige Zeit darin stehen und spülen dann zunächst mit warmem, hinterher öfter mit gewöhnlichem Wasser nach.

Bruchleidende

Das Original „Spranzband" **Deutsches Reichspatent 302291**

ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkelriemen, hält den schwersten Bruch ohne lästigen Druck bequem und sicher von unten nach oben zurück.

Tag und Nacht tragbar, daher viele vollständige Heilungen, auch bei Kindern.

Volle Garantie, auch in solchen Fällen, wo alles andere versagte. Glänzende Anerkennungen. Absolut konkurrenzlos. Kostenlose Vorführung.

Kommen Sie selbst Donnerstag, 31. Mai, 11—3 Uhr, nach Kamen, Hotel Monopol

Edo Stackelbeck, Osnabrück, Neuergraben 17.

Der Leiter des städt. Hospitals in G. Herr **Dr. W.** berichtet in einer ärztl. Zeitschrift: etc. Wer meinen Ausführungen folgt, wird gewiß finden, daß es sich bei dem von mir zu beschreibenden Bruchband um etwas ganz Originelles u. Brauchbares handelt, das mit den sog. federlosen Bandagen für Leisten- und Schenkelbrüche, wie sie dem gläubigen Publikum oft aufgehängt werden und die tatsächlich ein mechanischer Unsinn sind, gar nichts zu tun hat. etc. Ich habe eine Reihe der schwersten Fälle mit dem Band behandelt und eigentlich keinen Mißerfolg damit erlebt. etc. Bei diesem Bande fällt der recht lästige Federdruck im Kreuz vollständig weg etc. Ein reinlicheres Bruchband als dieses ist wohl kaum möglich. 1677

Zeitungsbote

für den Bezirk Oberaden-Dorf gegen gute Bezahlung gesucht.

Meldungen in der Geschäftsstelle der **Kamener Zeitung, Weststraße Nr. 10.**

Wir suchen ein

Dienstmädchen

von anständigen Eltern. Anständige Behandlung und guter Lohn wird zugesichert.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle. r1672

Suche auf sofort h1662

2 Zimmer

mit Keller.

Angebote unter Nr. **76** an **die Geschäftsstelle.**

Mobiliarverkauf Kamen.

Freitag, den 1. Juni, morgens 8½ Uhr, werden Unterzeichnete im Auktionslokale des Wirts L. Rieder **am Markt** folgende Gegenstände, als:

1 Ledersofa, 1 zweitür. Kleiderschrank, 1 Milchschrank, 1 großen Spiegel mit Untersatz, 1 Servier-, 1 Wasch-, 1 Ausziehe-, 1 Damenschreibtisch, 2 sonstige Tische, 12 Stühle, 1 Kommode, 1 eich. Truhe, 1 Bettstelle mit Matr., 3 Bettstellen mit Bohlen, 1 Garderobe-, 1 Blumen-, 1 Vogelständer mit Korb, 4 Mantelstöcke, 1 Handtuchhalter, 1 Eimerbank, ferner 1 Standuhr, 1 Zentrifuge, 4 Kerzenleuchter, 1 Figur, sowie 1 Gehrockanzug, Frack u. Weste, 2 Ueberzieher, 2 Westen, 1 Kinderanzug, 1 seid. Damenmantel, 1 Jackenkleid, 1 Krimmerjacke, 1 schwarz., 1 farb. Kleid, 1 seid., 2 Wollblusen, 1 lein. Oberhemd, 3 Paar Schuhe u. s. w.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen.

Kamen. 1679

Reinhard. Gerdts. Aukt.

Kurgarten Bad Königsborn

Donnerstag, den 31. Mai:

Abendkonzert

von 7¾ Uhr bis 9¾ Uhr.

1681 **Die Bade-Verwaltung.**

Schafwolle!

Ehe Sie diese gegen Wollgarne und Stoffe eintauschen, fordern Sie sich meine Muster und Preise an. Wollgarne werden in 2, 3 und 4 draht sofort eingetauscht.

Bei Gegenüberstellung mit anderen Fabrikaten können Sie den großen Qualitäts- und Preisvorteil sehen.

Längen, Strümpfe und alle anderen Strickwaren werden bis zur feinsten Ausführung in meiner Strickerei aus erhaltenen Wollgarnen angefertigt, in den meisten Fällen sofort umgetauscht.

Rohwolle wird zum höchsten Tagespreis in Zahlung genommen. 1667

Strickerei Mock

Lippstadt.

Paderborn, Westernstr. 34.

Brilon, Königstr. 19.



Sehr wachsamer, dressierter

Schäferhund

gegen Hühner oder Gänse einzutauschen. 1680

Wo, sagt die Geschäftsstelle **der Kamener Zeitung.**

Durch rechtzeitigen Einkauf bin ich in der Lage, einige gut verarbeitete

moderne, eichene

Speisezimmer

äußerst **billig** anzubieten.

Gleichzeitig empfehle ich in sauberster Ausführung nach dem neuesten Verfahren **eichen gestrichene** 1613

Wohn- und Speisezimmer sowie einzelne Bufetts.

Heinrich Bülhoff, Kamen

Möbellager und Tischlerei.

Gegr. 1888. Fernruf 289.

Besichtigung meines Lagers ohne Kaufzwang auch Sonntag vormittags gern gestattet.

Fahrräder

für Damen und Herren,

nur beste Marken in großer Auswahl am Lager. Sämtliche Zubehör- und Ersatzteile vorrätig.

— Reparatur-Werkstätte. — 1405

A. Karrenberg

Kamen, Weststraße.

Vertreter der Anker-Werke, Bielefeld.

Fr. Brinkmann

bezl. Vertreter von

Pastor Felkes Heilweise

Unna, Bahnhofstr. 49

Sprechstunden: Dienstag und Freitags von 9 bis 6 Uhr.

Visitenkarten

in jeder Ausführung

liefert schnell und preiswert

Kamener Zeitung,

Weststrasse 10

Klavierstimmen

Bin in den nächsten Tag. zum Stimmen und Reparieren der Pianos, Flügel und Harmoniums in Kamen u. Umgegend anwesend. Aufträge werden in der Geschäftsst. d. Ztg. entgegengenommen. 1103

Ad. Jürgens, Nachf., C. Lippmann, Hamm, Blumenstr. 16.

Bekanntmachung.

Die Amtssparkasse Unna eröffnet eine weitere 1666

Zweigstelle

am **Montag,** den **4. Juni cr.,** im Amtshause Methler.

Geöffnet ist diese Zweigstelle vorab jeden Montag nachmittag von 4—6 Uhr.

Erledigt werden sämtl. Geschäfte.

Unna, den 25. Mai 1923.

Amtssparkasse Unna.

Nach einem Beschlusse der preußischen Ministerien findet am 1. Juni d. Js. in Preußen eine

Schweinezählung

statt, deren Ergebnisse allgemeinen volkswirtschaftlichen und statistischen Zwecken, nicht aber Steuerzwecken dienen. Die Zählung erfolgt an Hand amtlicher Vordrucke durch Polizeibeamte, die von Gehöft zu Gehöft und in diesen von Haushaltung zu Haushaltung die in der Nacht vom 31. 5. — 1. 6. 1923 auf dem Gehöft (Haus, Stall, Scheune, Schuppen, Hof, Garten) oder auf den zu diesem gehörigen Wiesen, Weiden und Feldern vorhandenen Schweine nach den Angaben des Haushaltungsvorstandes zu zählen haben. Aufzunehmen sind auch die Schweine, die zwar der Haushaltung nicht gehören, aber sich bei ihr in Fütterung oder Pflege befinden. Die Schweinebesitzer sind zu wahrheitsgetreuen Angaben, über die das Amtsgeheimnis gewahrt wird, verpflichtet. Sie werden ersucht, die Polizeibeamten bei dem Zählgeschäft zu unterstützen. 1678

Kamen, den 28. Mai 1923.

Der Magistrat.

Anzeigen in der Kamener Zeitung haben stets Erfolg